

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

1 (2.1.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.90 M, durch unsere Träger zugestellt 2.10 M, am Posthalter 2.15 M durch den Postboten zugestellt 2.80 M monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/41 und 2-1/28 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 50 J, Neblamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/29 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachm. zuvor.

Zum Austausch der Ratifikationsurkunde.

Amsterdam, 31. Dez. Das Pressebüro Radio meldet, daß nach dem Austausch der Ratifikation am 7. oder 8. Januar sich die diplomatischen Vertreter Frankreichs auf ihre Posten in Deutschland begeben werden. Die Abfahrt der mit der Besetzung der deutschen Abstimmungsgebiete beauftragten alliierten Truppen erfolgt am 12. Januar.

Das Sklavenspalast in Berlin.

Paris, 31. Dez. (Gavas.) Gemäß dem durch Clavelle im Namen der Regierung gestellten Begehren beschloß die Kammer unerbittlich die Beratung einer Vorlage zur Gewährung eines Kredits von einer Million an das Ministerium des Innern zum Zwecke des Ankaufs eines Gebäudes in Berlin zur Unterbringung des Vollzugsdienstes des Versailleser Vertrages. Der Reichsminister begründete die Vorlage und führte aus, daß es schwierig wäre, ein passendes Gebäude zu mieten, während das in Frage stehende Gebäude zu günstigen Bedingungen gekauft werden könne. Die Kammer stimmte der Vorlage ohne Debatte einstimmig zu.

Erhöhung der Eisenbahntarife in Frankreich.

Paris, 2. Jan. Die französische Kammer hat am Mittwoch die Eisenbahntariferhöhungen mit 451 gegen 114 Stimmen angenommen. Fabrikern und Gewerbetreibenden, die Kriegsbeschädigte und Familien mit vielen Kindern. Nächste Sitzung 13. Januar.

Auch bedeutende Erhöhung der Brotpreise in Frankreich.

Paris, 31. Dez. Ackerbauminister Rouleau erklärte Mittwoch morgen vor der Kreditkommission der Kammer, daß der Brotpreis vom 1. Februar an in Paris von 65 auf 99, in den Departements von 50 auf 95 Centimes erhöht werde. Die Handelsfreiheit für Brotgetreide wird wieder hergestellt, während der Staat sich das Einfuhr-, Einfuhr- und Verteilungsmonopol vorbehält. Rouleau fügte bei, daß die Getreide- und Mehlversorgung Frankreichs bis Ende Juni 1920 gesichert sei und daß Verhandlungen mit den übrigen europäischen Ländern zum Ankauf der für Juli und August notwendigen Mengen im Gange seien. Es sollen bezüglich des Brotpreises Maßnahmen getroffen werden zugunsten großer Familien, zugunsten der Bedürftigen und Kriegsbeschädigten.

Verteidigungsschrift Wilhelm II?

Paris, 31. Dez. Der Matin bringt einen Artikel über Wilhelm II. Seit der Veröffentlichung des Kaiserbuches über den Ursprung des Krieges arbeitet Wilhelm II. an der Redigierung seiner Verteidigung, die er zweifellos dem König von England vorlegen wird. Auch der Kronprinz steht auf der Liste der auszufertigenden Personen und zwar wird er wegen Minderjährigkeit wegen Mordes und Diebstahls angeklagt.

Das Schicksal des türkischen Reiches.

Paris, 31. Dez. Gavas. Der Matin sagt, daß die Nachrichten aus Paris zu der Annahme berechtigen, daß die grundsätzliche Frage betreffend die Regelung des Schicksals von Konstantinopel und der Meerenge gelöst ist. Der englische Standpunkt, wie er von Lloyd George dargelegt wurde, hat den Sieg davongetragen. Es scheint sicher zu sein, daß der Sitz der osmanischen Regierung nach Wien verlegt wird, entweder nach Brussa oder nach Komia, in Ausführung des Programms, das im Jahre 1917 von dem Alliierten aufgestellt wurde und in dem man als Grund für die Vertreibung der Türken aus Europa angab, daß sie in der abendlichen Zivilisation entschieden fremd sind. Die Einzelheiten des internationalen Kontrollregimes, das für Konstantinopel zur Anwendung gelangen soll, befinden sich gegenwärtig noch in Beratung.

Das Kohlenabkommen mit Holland.

Haag, 31. Dez. Das Amsterdamer Handelsblatt erfährt, daß das Kohlenabkommen zwischen Holland und Deutschland zwar am 1. Januar 1920 außer Kraft trat, Deutschland habe aber in eine Verlängerung eingewilligt. Im Januar 1920 würden also 80 000 Tonnen Steinkohlen von Deutschland an Holland geliefert werden. Ueber den Preis ist noch nichts vereinbart.

Weitere Erhöhung des Bierpreises.

Berlin, 31. Dez. Das Reichswirtschaftsministerium hat für das Gebiet der ehemaligen deutschen Brauereigemeinschaft mit Rücksicht auf die eingetretene Steigerung der Herstellungskosten den Herstellerhöchstpreis für Bier einschließlich Steuer auf 61 M für vierbottelige Getränke (Ersatzbier) auf 58 M für das Fünftel erhöht.

Große Zuckernot in Sicht.

Magdeburg, 31. Dez. (Privatmeldung.) Die Zuckerverzeugung Deutschlands schätzt Licht auf 14,2 bis 14,4 gegen 27 und 30 Millionen Zentner bei der Vorkampagne.

Keine Pässe für das Sowjet-Rußland.

London, 31. Dez. (Reuter.) Der Gewerkschaftsleiter erludete um Pässe für einen Besuch Sowjet-

Rußlands. Die Regierung erklärte, keine Pässe nach einem Lande auszustellen, mit dem sie keine diplomatischen Beziehungen unterhalte.

Passive Resistenzstimmung.

Frankfurt a. M., 2. Jan. Die hiesigen Vertrauensmänner des Eisenbahnerverbandes haben in einer stark besuchten Versammlung dem Berliner Zentralvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes ihr Mißtrauen ausgesprochen, der eine widerspruchsvolle, unentschiedene Haltung in den Tarifverhandlungen mit der Regierung gezeigt habe. Die Versammlung erklärte namens der Frankfurter Eisenbahner, nicht mit der vorläufigen Regelung der Tarifföhe ab 1. Januar 1920 einverstanden zu sein und gibt in einer besonderen Entschließung bekannt, daß sie bis zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht mehr instande seien, ihre Arbeit im vollen Umfange zu erfüllen und foran nur unter strenger Beobachtung der für die Eisenbahner gültigen Bestimmungen zu arbeiten. Die Vertreter hielten zwar einen Streik im gegenwärtigen Augenblick für ungewiss, seien aber, falls die Regierung auf ihrem wenig entgegenkommenden Standpunkt verharrte, entschlossen, auch von diesem äußersten Mittel Gebrauch zu machen.

Zum Magdeburger Eisenbahneranstand.

Berlin, 2. Jan. In der Deutschen Ill. Ill. wird geschrieben, daß der Staat nicht umhin könne, die Gehälter der Staatsbeamten und Angestellten in eine neue Form zu bringen, die sich den von diesen zu tragenden Lasten anpasse. Wenn nun freizell die Arbeiterkraft wirklich Wert darauf lege, ihre Forderungen sachlich behandelt zu sehen, so müßten sie energisch Stellung nehmen gegen diejenigen, die sie veranlassen wollen, die Lohnbewegung in Zusammenhang zu bringen mit politischen Bewegungen. In dem Magdeburger Demonstrationszug seien rote Fahnen beritten gewesen, deren Inschriften für eine Weltrevolution Stimmung zu machen suchten. Die Eisenbahneramtenschaft in Magdeburg habe nur recht getan, durch ihren Gesamtstreik erklären zu lassen, sie wolle von der Demonstration, soweit sie politisch ansetze, nichts wissen. Sie lehnte es ab, bei ipridwörtlich unabhängigen Machenschaften mitzuwirken.

Strafungen in Ungarn.

Budapest, 2. Jan. Wie das Magyar Nemzet meldet, wurden am Mittwoch vormittag im Hofe des Militärgefängnisses neun wegen Aufreißung beim Begehren zahlreicher Mordtaten zum Tode Verurteilte durch den Strang hingerichtet.

Kleine Nachrichten.

Ludwigsb., 31. Dez. (Privat.) Der Fabrikant Geh. Kommerzienrat Anton Fasig, Inhaber der Büren- und Fensfabrik Fasig in Ludwigsb., ist nach zweimonatiger Untersuchungshaft, die er auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde in Saarbrücken verbüßt, aus der Haft entlassen worden.

Wiesbaden, 31. Dez. Die französische Militärbehörde hat den Gemeindeführer Soelzel verhaftet, weil er die Oberleiterschaft aufgesporbt hat, in ihrer Heimat an der Abstimmung teilzunehmen. Bei verschiedenen Oberleitersparten wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen.

Hamburg, 2. Jan. Der erste Passagierdampfer von Amerika, der 18 000 Tonnen-Dampfer „Mandschuria“, ist von New York auf der Elbe eingetroffen. Er ist wegen seines Tiefgangs bei Altenbruch vor Anker gegangen. Außer Passagieren bringt er Stückgutladung.

Hamburg, 31. Dez. Vier wurde der Kaufmann Faust verhaftet, der seinerzeit wegen der Münchener Unruhen eine Rolle spielte. Faust ist überführt, die Todesurteile gegen die Münchener Geiseln mit dem Namen „Faustins“ unterschrieben zu haben. Faust ist größtenteils geständig.

Hamburg, 31. Dez. In Neuengamme ist man bei Bohrungen nach Erdgas gestern abend in 280 Meter Tiefe auf Gas gestoßen, das gleich aufgefangen und nach dem Hamburger Gaswerk Tiefstat geleitet werden konnte.

Berlin, 31. Dez. Zur Vorbereitung einer Einheits-Tarifschrift ist von den Vertretern der beteiligten Regierungen ein Oberaufschuß eingesetzt worden. Zur Aufnahme seiner Arbeiten wurde dieser Ausschuß vom Ministerium des Innern nunmehr auf den 13. Januar 1920 einberufen.

Berlin, 2. Jan. Privat. Die Landespolizei beschlagnahmte einer Meldung des Berl. Lokalan. aus Darmen zufolge auf dem Bahnhofe Nittershausen zwei Waggons Schokolade im Werte von einer halben Million, die nach Berlin beschoben werden sollten.

Berlin, 2. Jan. Privat. Dem Berl. Lokalan. zufolge trafen in Dortmund Hafen die ersten Schiffe mit schwedischen Erzen seit Verhängung der Blockade ein.

Paris, 1. Dez. Der sozialdem. Gemeinderat der Stadt Perignen, der man erbeutete Kanonen zugewiesen hatte, die dreits auf dem Bahnhof angekommen waren, hat einstimmig die Annahme dieses Geschenkes verweigert.

Köpenhagen, 31. Dez. Da die Lohnverhandlungen zwischen der hiesigen Telephongesellschaft und den Vertretern der Angestellten in der letzten Nacht ergebnislos verlaufen sind, hat der Telephonstreik heute begonnen. Heute vormittag 11 Uhr legten die Telephonarbeiter in ganz Dänemark die Arbeit nieder. Die Telephonistinnen und die übrigen Angestellten treten heute nacht 12 Uhr in den Ausstand.

Alles wird teurer.

Die Regierung hat die Preise für Mehl, Getreide und Kartoffeln erhöht, indem sie den Landwirten, die ihr ganzes Soll abliefern oder gar über die Pflichtschätzung hinaus, zur allgemeinen Ernährung beisteuern, erhebliche Prämien gewährt. Der Preis für die Wochenration Brot allein steigt dadurch um etwa 80 Pfennig. Auch die Kohlen werden neuerdings teurer. Reichskosterrat und Reichswirtschaftsministerium werden voraussichtlich in den nächsten Tagen einen erheblichen Preisaufschlag bewilligen, der allerdings nicht den Unternehmern zugute kommen soll, sondern der besseren technischen Ausstattung der Gruben und der Ansiedlung von 150 000 Bergarbeitern im Ruhrgebiet dienen wird. Für das Eisen werden neue Höchstpreise festgesetzt werden, entweder im Zwangswege oder durch ein Selbstverwaltungsorgan der Eisenindustrie, und die neuen Eisenpreise bleiben nicht mehr allzuweit hinter dem Weltmarktpreis zurück. Da sie den Unternehmern einen unverhältnismäßig großen Gewinn ermöglichen, wird die Regierung sie zwingen, von jeder Tonne Eisen einen bestimmten Betrag in eine Ausgleichskasse zu zahlen, welche dazu dienen soll, den Preis der eingeführten Lebensmittel zu senken und die dabei entstehenden großen Verluste auszugleichen.

Wenn Brot, Kartoffeln, Eisen und Kohle teurer werden, wird natürlich auch alles andere entsprechend teurer, und die Kosten der Lebenshaltung werden in den nächsten Monaten erneut um einen Betrag steigen, dessen Höhe sich noch nicht genau abschätzen läßt. Selbstverständlich müssen dann Arbeiter, Angestellte und Beamte ihr Einkommen entsprechend vermehren, da sie sonst verelenden müßten. Die unmittelbare Wirkung des Preisaufschlags auf Brot und Kartoffeln — zweieinhalb Milliarden schätzungsweise — wollen die Unternehmer auf sich nehmen; dazu haben die Arbeitervertreter in den Arbeitsgemeinschaften sie gedrängt und bewogen. Aber natürlich zahlen die Unternehmer diese Milliarde nicht aus eigener Tasche, sondern erhöhen eben um soviel oder unmöglich um noch etwas mehr den Preis der Produkte, und der Verbraucher ist schließlich doch der Leidtragende. Und wenn die Arbeiter durch Anwendung ihrer gewerkschaftlichen Mittel in erhöhten Löhnen den Ausgleich suchen und finden, so steigen die Preise der Produkte weiter, und in einem verhängnisvollen Kreislauf eingespannt, sehen die Arbeiter sich dauernd um ihre Hoffnung betrogen, ihre Lebenslage zu verbessern.

Der einzige Ausweg aus diesem Dammkreis scheint sich in der Sozialisierung zu bieten. Aber ein Blick auf die sozialisierten Betriebe, etwa die Eisenbahn, ist auch nicht gerade sehr beruhigend; und wenn man behauptet, die Staatsbetriebe seien noch gar nicht sozialisiert, weil die Arbeiter und Angestellten noch nicht den nötigen Einfluß hätten, sondern eine zentrale Bürokratie regiere, so ist darauf zu erwidern, daß die Wirtschaftsdiktatur der Räte in Rußland täglich Vandalen gemacht hat, so daß die Volkswirtschaft selbst zur Leitung der sozialisierten Industriezweige durch eine bürokratische Zentralinstanz zurückgeführt sind. Es kommt hinzu, daß auf weiten Gebieten der deutschen Wirtschaft an eine rasche Sozialisierung nicht zu denken ist. In der Landwirtschaft kann in absehbarer Zeit vom Sozialismus keine Rede sein — die Räterepublik Rußland hat auf dem Lande das unbeschränkte freie Privateigentum hergestellt. Aber auch die deutschen Industrien sind vielfach so stark von ausländischen Rohstoffen und Absatz in anderen Ländern abhängig, daß die Sozialisierung den größten Schwierigkeiten begegnet. Eine reine Verstaatlichung empfiehlt sich höchstens für tatsächliche Monopole oder vollkommen ausgebildete Großindustrien mit ziemlich regelmäßiger Produktionsweise.

Nach alledem werden wir nicht warten können, bis die Sozialisierung und der Sozialismus die Lage des arbeitenden Volkes verbessert, denn das Volk will heute leben und morgen möglichst reichlich zu essen haben.

Dazu aber gibt es nur einen Weg. Was die Lebensmittel anbetrifft, so ist zunächst zu beachten, daß die Weltmarktpreise enorm hoch sind. Ein Pfund ausländischen Schmalzes ist gegenwärtig nicht unter zehn Mark zu haben, und auch das Brot aus ausländischem Getreide käme dreimal so teuer wie das deutsche Brot zu erhöhtem Preis. Wir können in nennenswertem Umfange gar nicht einführen, weil wir es zunächst nicht zahlen können. Um den Kern des Problems zu erfassen, müssen wir die Fragen des Preises wissenschaftlich marxistisch auf den Wert der Waren zurückführen. Die Arbeit ist nicht nur die Quelle allen Reichtums, sondern der Wert jeder Ware entspricht auch der Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeit, die in ihm steckt. Wenn früher ein Arbeiter täglich einen Stuhl fertigte, und jetzt für diese Arbeit zwei Tage erfordert oder zwei Arbeiter gebraucht werden, so entspricht der Stuhl deshalb doch nur einer bestimmten Menge Lebensmittel, in der die gleiche Arbeitsleistung steckt. Die Arbeitsleistung in der Industrie ist nun außerordentlich gesunken. Da ist es ganz selbstverständlich, daß die Lebensmittel teurer und die Lebenshaltung der Industriearbeiter schlechter wird. Und wenn auch die Arbeitsleistung in der Landwirtschaft sinkt, so wird die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel geringer und dadurch die Lebenshaltung der breiten Masse wiederum niedriger. Die Vorgänge werden dadurch kompliziert, daß nicht der volle Arbeitsvertrag den Arbeitenden heute zugute kommt, sondern ein Teil davon vom Unternehmer vorweggenommen wird. Dieser Anteil des Unternehmers ist heute größer als jemals zuvor, denn außer dem deutschen Unternehmer frist am deutschen Arbeitsvertrag die siegreiche Entente, und was sie beschlagnahmt ist mehr, als was je der deutsche Kapitalprofit betragen hat.

Aber diese Äußerung ändern nichts an dem Grundsatz, daß die Lebenshaltung des Arbeiters wie der breiten Volksmasse überhaupt mit der Intensität ihrer Arbeit steigt und fällt.

Durch den Krieg sind die Felder in allen Ländern verwüstet oder herabgewirtschaftet, die Produktionsinstrumente verbraucht oder heruntergewirtschaftet. Außer der Vererbung des Volkes muß die Arbeit jetzt noch ein plus für den Wiederaufbau der Wirtschaft erzeugen, sonst leiden wir ewig unter Nahrungsmittelmangel, Kohlenknappheit und allgemeiner Warennot. Diese Aufgabe kann nur durch angepannte Arbeit gelöst werden.

Politische Uebersicht.

Die komplette Einigung.

In einem Lokalsblatt, das die Wahlvereine der U. S. D. der räumlichen Vororte Berlins herausgibt, heißt der bekannte Unabhängige Alexander Putran in recht satirischer Weise „politisch-epische Betrachtungen“ über die Klagen innerhalb der U. S. D. an die Zeit der Frage der Stellung zur Internationale auf dem Leipziger Parteitag in Erscheinung getreten sind.

- 1. die Ultralinken: das sind die Genossen, die unverändert an Ständen festhalten;
2. die Radikallinken: die bereit waren, die Ständische Revolution etwas abzuändern;
3. die gemäßigten Radikallinken: die es bereit waren, mit Klagen Ledebour zu verhandeln;
4. die rechten Radikallinken: die auf alle Fälle bereit waren, der Klagen Ledebour etwas nachzugeben;
5. die Linken: unter bestimmten Umständen für Revolution Geiseln;
6. die rechten Linken: nur Krisenische Revolution;
7. das linke Zentrum: versuchte die Ledebourische Revolution in die Ständische hineinzuarbeiten;
8. Zentrum sachlich: versucht die Ständische Revolution in die Ledebourische hineinzuarbeiten;
9. das rechte Zentrum: nur Ledebourische Revolution;
10. die linken Rechten: bereit, Ledebourische Revolution mit der Ständischen zu verbinden;
11. die einfach Rechten: bereit, Hülfsdinge mit Klagen und Putran zu schlucken, jedoch ohne den Gang nach Genf;
12. die rechten Rechten: Hülfsdinge mit Klagen;
13. die Ultra Rechten: nur nach Genf, ohne Klagen;
14. Die Partei hat keine Aufgabe noch nicht für erledigt. Bei genauen Hinsehen gewahrt er noch Hebergangsarten an manchen Stellen, dort zum Beispiel, wo die Parteimitglieder sind, die zwischen Geiseln und Ständen gestellt, den Zusatz beantragten, daß die U. S. D., wenn der Westen die Zusammenkunft ablehnt, alle mit Klagen die Sache machen sollte. Dabei stellt Putran noch folgende Schwärzungen fest:
1. Richtung, die diesen Zusatz beantragt;
2. Richtung, die den Zusatz als eine logische selbstverständliche Folge der Krisenischen Revolution betrachtet;
3. Richtung, die diesen Zusatz als eine Verschärfung der Krisenischen Revolution ansieht.
Über das ist immer noch nicht alles. Das durch dauernde Beobachtung geschärfte Auge Putrans entdeckt noch folgende Parteinanzen:
1. Vollständig unabhängige Unabhängige: die weder Gewalt noch Terror anwenden wollen;

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup. "Was nicht all das Gewähl über Gott!" rief Blomberg gereizt. "Glauben Sie vielleicht, er werde Larven eine Postanweisung schicken, Anderen?" "Hier steht ich armer Mensch und weis nicht was ich tun soll", kammerte Lars Larsen. "Die Frau soll morgen begraben werden, aber ihre Grabstätte ist noch nicht bezahlt. — Sie nehmen sie ja nicht!" "So laßt sie auf der Armentseite des Kirchhofs begraben, das kostet nichts," rief Christensen. "Wenn nur die Seele im Himmel ist, dann mag der Körper ruhig im Schindanger ruhen." "Wut, wie abscheulich!" rief Waren. "Das hätte ich Ihnen nicht zugehört, Christensen." "Und sie wagt sich weinend über den Tisch." "Sie sollten sich wirklich schämen," sagte Anderen, der sich Waren wegen gekränkt fühlte. "Ja, Wut Teufel," stimmte Blomberg bei. "Der Philosoph ist wirklich schon ganz verrückt." "Das ist keine Anekdote so etwas über eine Verstorlene zu sagen," bemerkte Lars Larsen. "Es wäre viel besser, wenn Sie uns etwas Vermittelndes raten würden." "Freunde," sagte Christensen sanft, "ich vererbe euch. Ihr wißt nicht, was ihr redet. Das, was ihr Vernunft nennt, ist noch schlimmer als Verrücktheit." "Damit wendete er sich um und ging mit ruhiger Würde davon, ohne daß ihn jemand vermehrt hätte. Der Gedanke an das verschundene Geld verdrängte jedes andere Interesse. "Was soll ich nur tun?" fragte Lars Larsen ratlos, von einem zum andern schauend, als erwartete er von ihnen Hilfe. "Du mußt eben anderes Geld auf der Sparkasse holen," rief Waren trennherzig. "Ach, was verleiht denn du," sagte er gereizt. "Sahen Sie wirklich Geld auf der Sparkasse, Larsen?" kammerte Blomberg, gelb vor Neid.

2. sichtlich unabhängige: nur Gewalt, aber kein Terror;
3. von der U. S. D. abhängige Unabhängige: gegen Gewalt — Gewalt, gegen Terror — Terror;
4. rein kommunistische Unabhängige: gegen Gewalt sofort mit dem Terror usw. usw.

Dem Verfasser wird schließlich von all diesen Betrachtungen schmerzlich klar, daß wir uns nicht aus dem Feind in Leipzig geschaffene „Einigkeit“ der U. S. D.

Freiheits-Schwärmer.

Seit der Revolution schwärmen alle Reaktionen für Freiheit. Sie, die selber den letzten Hauch oppositioneller Meinung mit Gewalt zu erlösen drohen, beanspruchen jetzt, wo ihre Regierung vorbei ist, für sich das Recht, nicht nur in freierer Weise ihre Überzeugung kund zu tun, sondern auch noch ganz ungehindert in der Republik — womöglich mit amtlichen Mitteln — die Gegenrevolution vorzubereiten. Am Max-Burger-Universitätssaal hat der Kultusminister Genosse Gänzlich den Professor Träger eine Frage gestellt, weil dieser sein Kolleg in prosoziierenden Beleidigungen und Beschimpfungen der Regierung mißbraucht hatte.

So also sieht die akademische Beherrschung im neuen Deutschland aus. Wir sind begierig zu erfahren, wie sich die deutschen Hochschullehrer zu dieser Auffassung und zu dieser Anweisung des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stellen werden.

Welche edle Schwärmererei für akademische Beherrschung! Nur kommt sie etwas spät. Wo war der Protest der Deutschen national in Halle Arons? Arons wurde als Privatdozent gemahregelnt, nicht etwa weil er in seinen reinwissenschaftlichen physikalischen Vorträgen die Sozialdemokratie äußerte. Diese Mahregelung fanden alle Deutschnationalen und Konfessionslose sehr in der Ordnung. Die sozialdemokratische Regierung läßt selbstverständlich die deutschnationalen Professoren im Amt. Wenn sie aber einem offenkundigen Mißbrauch dieser Disziplin entgegentritt, dann streifen die Gewalttätigen von einst über Vergewaltigung der akademischen Beherrschung. Plumpse Foucault!

Scheidemann beauftragt ein Ermittelungsverfahren gegen sich selbst.

Der „Vorwärts“ bestätigt die Nachricht auswärtiger Blätter, daß Scheidemann bei der Staatsanwaltschaft in Berlin den Antrag gestellt hat, ein Verfahren gegen ihn selbst wegen der Beschuldigung einzuleiten, er habe eine Zeitung auf den Tod Liebknechts und der Rosa Luxemburg angezettelt. Der Staatsanwalt hat dem Antrag entsprechende ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Es ist ganz gut, daß Herr Scheidemann zu diesem Mittel greift, um der neuesten Sensationsmache Maximilian Harden mit seinem Brief vom Ernst Sonnenseld auf diese Weise das Genick umzubringen. Man sollte es ja eigentlich kaum für möglich halten, daß mit Vernunft begabte Menschen im Genf die Härtendie Geiseln weiterverleihen. Am gleichen schnappt die Agis nach dem Kopfen und die letzte Nummer der Reichsanzeiger Artikel machte daraus eine Sensationsmeldung an erster Stelle in großer Aufmachung mit Doppeltüberschrift: „An den Fronten“ — Scheidemann der Anführung zur Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburg beschuldigt! Solche Feigen können die Oberschwadronen der Mäusen ihren Intelligenz anhang nicht jeden Tag bieten, deshalb sagen sie rundweg, die offizielle Erklärung in den R. P. N., daß die Mitteilung im vollen Umfange erfunden ist, genügt nicht. Ihnen genügt es natürlich nicht, weil sie solchen Mist suchen, um damit die Hochzeiten für ihren „heiligen Kampf“ gegen die U. S. D. zu decken. Das ist für sie die Hauptsache. Man darf auch heute schon behaupten, daß sie ihren Anhang einfach in Inferno lassen, wenn ihrem „Schwindel“ das Genick umgedreht ist.

Der vernehmungsunfähige gräfliche Mörder.

Der vermutete bayerische Ministerpräsident Eisner wird, wie die „Journalisten“ mittels „unerschrocken“ blieben. Der Mörder Eisners, der Student und Leutnant Graf Arco-Valley soll, wie die ärztlichen Untersuchungen ergeben haben,

„Ein bißchen“, antwortete Larsen — „aber deshalb will man doch ungern etwas verlieren. Das Geld ist gestohlen, Larven bestiehlt kein Feind; doch von wem?“ Niemand kuckte es. Wäre Menschen gab es genug auf der Welt, das war eine alte Sache; aber woher konnten diese gerade wissen, daß Larsens Geld unter dem Ofen versteckt war? Das ließ sich nicht so leicht aufklären. "Ach, geh' zur Polizei!" rief Lars Larsen schließlich. "Ja, weis Gott, das tue ich." "Nein, nein," sagte Anderen schnell, "das dürfen Sie nicht." Lars Larsen schaute ihn mißtrauisch an. "Sah dort nicht? Soll man sich das vielleicht gefallen lassen, daß einem Diebe seine paar armenfüßigen Groschen fehlen?" "Aber wenn nun die Polizei entdeckt, wer es war, dann machen Sie vielleicht einen Menschen fürs ganze Leben misglücklich," entgegnete Anderen. "Sahen Sie das bedacht, Lars Larsen?" "Anderen hat recht," stimmte Waren ein. "Die zweihundert Kronen bringen uns auch nicht um." Larsen kummerte wie ein toller Hund. "Soll ich nicht lieber gleich ganz rupfen lassen?" "Natürlich müßten Sie zur Polizei, Larsen," sagte Blomberg bestimmt, "es bleibt nichts anderes übrig. Vielleicht bekommen Sie Ihr Geld doch zurück." "Nehmen Sie, Blomberg?" "Das kann man nicht wissen," erwiderte dieser, "aber Sie müssen sofort gehen. Sagen Sie nur auf der Wache, ich — der Schneider Blomberg — habe Ihnen geraten, die Polizei zu holen. Vergessen Sie das ja nicht, Larsen." "Sie sind wohl bekannt dort?" fragte Larsen trennherzig. "Mein das gerade nicht," gab Blomberg schnell zur Antwort; denn es war ihm nur darum zu tun, daß der andere auf der Polizei bemerkte, er sei von ihm gestickt. Man würde das als ein Beweis eines guten Gewissens ansehen; Larsen begriff, daß seine Frage zweideutig ausgelegt werden könne, und deshalb beeilte er sich zu sagen: "Ach, dachte nur, die Leute würden sich vielleicht Ihre mehren Mühe geben."

dauernd vernehmungsunfähig sein, so daß die Vernehmungsbildung gegen ihn nicht stattfinden kann. Die Staatsanwaltschaft am Landgericht München I hat bereits durch ihren Vertreter, dem Staatsanwalt Bahn, mitteilen lassen, daß sie drei ärztliche Gutachten über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des Grafen eingeholt hat. Alle drei Gutachten haben Übereinstimmung darüber ergeben, daß eine Verhandlung gegen den Grafen eine unmittelbare Lebensgefährdung bedeuten würde, da eine der Augen, die dem Mörder nach der Tat von den Landtag beobachtenden Boten nachgekannt wurde, ihm im Gesicht sitzt und hier fortwährend neue Eiterungen hervorruft. Eine Verlegung des Gesichtes scheint nicht möglich, ebensoviele eine operative Entfernung.

Mit Recht bemerkt der „Vorwärts“ zu dieser Meldung: Diese Nachricht wird nicht verlesen, äußerlich Bekendend hervorgerufen. Man wird beim Volke nicht verstehen, warum immer, wenn ein gräflicher Verbrecher in Frage kommt, heiße er Arco oder Eulenburg, sich seiner Aburteilung unüberlegbare Schwierigkeiten in den Weg stellen. Aber gerade in diesem Falle fragt man sich: Warum die garte Mißhandlung? Es handelt sich doch um einen Mörder, der seinerzeit auch keine Rücksicht auf ein Menschenleben genommen hat, das wertvoller war als seines. Was er die Verhandlung nicht aushalten, sein Leben ist ohnehin bewirkt. Läßt man Verbrecher wie Arco usw. frei herumlaufen, so darf man sich nicht wundern, wenn im Volke der Gedanke der Selbstjustiz aufkommt.

Badische Politik.

Zentralisation oder Selbstverwaltung?

In einem Artikel der „Badischen Landeszeitung“ beschäftigt sich der badische Kunstmaler Dietrich mit der Frage „Einheits- oder Bundesstaat“, die er insofern als eine falsche Fragestellung bezeichnet, als heute die Frage nur noch „Zentralisation oder Selbstverwaltung?“ lauten könne, nachdem von Souveränität der Bundesstaaten über der Länder keine Spur mehr vorhanden ist. Nach Ansicht des Ministers sind wir „längst Reichsprovinz“, da den Ländern nur die innere Verwaltung (Schul- und Kirchenwesen) in beschränktem Umfange bleibt. Infolge der Übernahme der Steuern sind wir sogar in diesen Aufgaben behindert, weshalb Herr Dietrich folgende Vorschläge zur Selbstverwaltung macht:

„Es kommt darauf an, daß ein selbständiges Leben in den verschiedenen Teilen des badischen Vaterlandes, in den deutschen Städten und Dörfern nicht erdrückt wird. Voraussetzungen hierfür ist, daß Länder und Städte Steuern unter eigener Verantwortung erheben. Der Weg, daß das Reich Länder und Städte durch Zuschüsse über Wasser hält, ist von einer ungeheuren demoralisierenden Wirkung. Wer Zuschüsse bezieht, wird nie genug haben. Und wie es in den Ländern und Städten liegt, so liegt es auch bei den Reichsverwaltungen. Es ist unmöglich, die deutschen Eisenbahnen von einer Stelle aus zu verwalten. Darum müssen die Zentralbehörden in Berlin auf die Oberleitung beschränkt werden, das eigentliche Geschäft muß in die Hände selbständiger Organe in den Ländern gelegt werden. Die Vielgestaltigkeit der Heimat kann ruhig weiterleben, wenn das Reich den Provinzen, die wir heute schon sind, eine weitgehende Selbstverwaltung einräumt.“

So spricht sich hierüber auch der Führer der demokratischen Landtagsfraktion für die Vereinbarmachung aus, indem er gleichzeitig die Notwendigkeit der Selbstverwaltung erhebt. Das Radieren der Einheitsidee tritt täglich stärker in Erscheinung, so daß es Zeit ist, zu raten, wozu deren Anfang wir in der Zustellung Freiheits nach dem Willen seiner Bevölkerung erziehen würden.

Aus der badischen Bauernbewegung. Zwischen den behaupteten Vertretern des Badischen Bauernbundes und der Vereinigung kleiner und mittlerer Landwirte Badens in Freiburg ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß sich beide Organisationen zunächst zu einem Landesverband unter dem Namen Landesverband wirtschaftspolitischer Bauernvereinigungen Badens zusammenschließen. Anderen wirtschaftspolitischen bäuerlichen Vereinigungen soll der Beitritt zum Verbande freigestellt bleiben. Die endgültige Form des Zusammenschlusses wird durch die Landesversammlung der Bezirks- und Kreisvereinigenden festgelegt.

Religionsunterricht in den Volksschulen. Ueber die Prüfung des engl. Religionsunterrichts in den Volksschulen hat der eblg. Oberkirchenrat angeordnet, daß die Prüfung durch den Ortsgeistlichen künftig in Begleit kommen und nur noch alle 2 Jahre Prüfungen durch die Dekane vorzunehmen sind.

„Ja, freilich“, erwiderte Blomberg. „Gauptfrage ist, daß Sie held Schritte tun. Sie aber, Anderen, gehen jetzt schleichend mit mir in die Werkstatt hinunter; wir haben schon genug kostbare Zeit verloren.“

„Ja, wahrhaftig“, entgegnete Anderen, „das haben wir.“

Damit schlich er sich hinter Blomberg Rücken vorbei, um Waren noch einen Handhuh zugewerfen und sie lächelte ihm glücklich zu. — Sie hatte ja heute einen Prätigam bekommen; das war ihr mehr wert als zweihundert Kronen.

Nur schade, daß sie wegen der unglücklichen Zeit nicht gleich mit dem Vater sprechen konnte. Aber wenn das Begräbnis überstanden und — vielleicht das Geld gefunden war, dann würde Lars Larsen wohl wieder guter Laune — und dann —

Auf diese Weise suchte sie sich selbst Mut zu machen, und während sie nach dem Fortgehen der andern wieder in ihrer Küche wirtschaftete, sumierte sie ein Liedchen vor sich hin, das sie oft in der Gestimmte gehört hatte:

Wie schön ist es doch, Hand in Hand zu gehen Mit dem, den man auserkoren. Ober von ihm — in Einigkeit Zu nehmen, gedankenerkoren. Auch die Vögelchen sitzen verstimmt auf dem Zweig, Wenn ein paar beisammen sind; Doch sobald nur eines von ihnen da, Ein sehnlichstes Lied erklingt.

So sahen denn Blomberg und Anderen wieder in dem Schneiderschmiede. Die Maschine kurrte, der Rauch von Blombergs Zigarre stieg zu der niederen Decke empor und mischte sich behaglich mit dem Kleider- und Schnapsgeruch. Der Schneider war kein großer Arbeiter. Er konnte stundenlang auf einem Stuhl herum Tummeln, die Wein von sich streuen und den Kopf zurücklegen, während bei Rauch aus seinen halboffenen Mund herauskam. Jetzt waren seine Gedanken ansehnend weit fort, und es flutete öfters ein lastiges Lächeln um seinen Mund. (Fortsetzung folgt.)

Bad. Landestheater. Samstag, 10. Januar, mittags 2 Uhr, wird als Volksvorstellung für die Kinder das diesjährige Weihnachtsspiel 'Der Zauberdiamant' oder 'Tannenbaum und Leiden' gegeben.

Veranstaltungen.

Karlsruhe. Der K.K. empfängt die im Südwestkreis führende Dinamanschaft, den F.C. Forstheim zum fälligen Rückspiel. Das Spiel beginnt um 1/2 11 Uhr auf dem Sportplatz verlängerte Poststraße.

Letzte Nachrichten.

Schwärzer.

St. Dez. Die Mühlweimer Schiffbrücke wurde infolge starker Strömung nachts plötzlich abgetrieben. Die meisten Posts sind wieder eingegangen. Die meisten Posts sind wieder eingegangen. Die meisten Posts sind wieder eingegangen.

Düsseldorf, 31. Dez. Der Wasserstand des Rheins ist um weitere 17 Zentimeter gegen gestern abend gestiegen.

In dem benachbarten Städtchen Jons kann der Straßenverkehr nur durch Röhre aufrecht erhalten werden.

Prozek Arco-Valley.

Berlin, 2. Jan. (Privat.) Der wiederholt beschriebene Prozek gegen den Mörder Giners, Leutnant Arco-Valley soll, wie das 'Berl. Tagebl.' meldet, nunmehr in München endgültig im Januar stattfinden. Ein bestimmtes Datum kann jedoch nicht genannt werden, da die ärztlichen Gutachten über die Vernehmungsfähigkeit des Angeklagten noch nicht erschienen sind.

Ein Attentat gegen Prinzregent Alexander?

Berlin, 31. Dez. (Privat.) Nach einer Wiener Meldung des Lokalanzelgers vom 31. 12 wird aus Belgrad berichtet: Hier fand eine furchtbare Dynamitexplosion statt, deren Ursache einweilen unauflösbar ist. Prinzregent Alexander und 26 Personen wurden getötet, über 30 verwundet.

Die polnischen Kriegesgerichte.

Berlin, 2. Jan. (Privat.) Nach dem 'Berl. Lokalanzelger' beurteilte das Kriegesgericht in Boby vier Chauffeurs, die auf dem Militärflugplatz Kautzsummfeld geflohen hatten, zum Tode durch Erschießen.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Politische Politik aus der Partei, Kommunales, Soziales und Reichstagen Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstr. 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Montag, 5. Jan., 7 Uhr, Führerführung im Lokal. 1083
Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Samstag, 3. Jan., abends 7 1/2 Uhr, in der 'Gambrius-Halle' Vorturner-Sitzung. Erscheinen aller Vorturner und Kinderturner dringend erforderlich. 1089
Karlsruhe. (Metallarbeiterverband.) Samstag abends 8 Uhr Versammlung der Bauarbeiter. Das Erscheinen der Agitationskommission ist Ehrensache. Die Branchenleitung, Durlach. (Soz. Arbeiter.) Morgen Samstag den 3. Januar, abends 7 Uhr, findet in der 'Krone' Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Bürgermeisterwahl. Vollständiges Erscheinen erwartet. 1040 Der Vorstand.
Durlach. (Soz. Verein.) Samstag den 3. Januar, abends 7 1/2 Uhr im 'Lamm' Parteiverammlung. Tagesordnung siehe unter Durlach in heutiger Nummer d. Bl. 1011
Bruchsal. (Soz. Partei.) Samstag, 3. Jan., abends 7 1/2 Uhr in der 'Wald' Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Danksagung. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten sprechen wir für die Beteiligung am Begräbnis unserer lieben Mutter, der Frau Mathilde Mack Wwe. geb. Gretschmann unseren innigsten Dank aus. Insbesondere danken wir dem Gesangsverein Liederkrans für den erhebenden Grabgesang. Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Albert Mack, Karl Mack, Elsa Mack, Luise Gretschmann Wwe. Spöck, den 31. Dezember 1919. 1086

Herren-Hüte werden modernisiert gebügelt, gereinigt u. gefärbt in der Herrenhut-Reparaturwerkstätte von Alfred Günther Zähringerstr. 59, im Marktplatz. Telefon 3036 Reelle Preise - Gute Bedienung.

Neufestsetzung der Brot- u. Mehlspreise. Nachdem die Mehlangebotsliste zur Deckung der neuen Lieferungsmittele für Brotgetreide den Preis für Mehl vom 1. Januar ab um RM 40,50 erhöht hat, tritt mit dem gleichen Zeitpunkt eine wesentliche Erhöhung der Brotpreise sowie des Kleinverkaufspreises für Mehl ein. Der Stadtrat hat die neuen Preise nach Maßgabe der Richtlinien des Ministeriums des Innern ab 1. Januar 1920 wie folgt festgelegt: ein 1000 Gramm Brot 1,75 RM ein 750 Gramm Brot 0,98 ein 100 Gramm Brot 0,18 Frankbrot 140 Gramm 0,40 Zwieback 100 Gramm 0,50 Weizenmehl 80% 1 kg 1,80 Roggenmehl 82% 1 kg 1,84 Karlsruhe, den 1. Januar 1920. 78
Nahrungsmittellager der Stadt Karlsruhe.

Maul- und Klauenfuchs betr. Da die Maul- und Klauenfuchs in Etlingen in mehreren Stücken u. in verschiedenen Ortsteilen ausgebrochen ist wurde die ganze Stadt Etlingen als Sperrbezirk im Sinne der §§ 161-164 der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz erklärt. Die Sperrmaßnahmen der genannten Vorschriften wurden in Vollzug gesetzt. Der übrige Teil des Amtsbezirks Etlingen ist Beobachtungsgebiet gemäß § 165 f. a. a. O. Es darf Auenvieh bis auf Weiteres aus dem Amtsbezirk nicht entfernt werden, auch ist das Durchfahren von Klauenvieh und das Durchfahren mit fremden Wiederkaugern verboten. Karlsruhe, den 29. Dezember 1919. O. B. 805. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfuchs betr. In den Gehöften der Johann Köhler Witwe und des Alois Kuhn in Oettingen und in dem Gehöfte des David Jung I in Würmerheim ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Sperrbezirk ist jeweils die betr. Gemeinde; Beobachtungsgebiet der Amtsgerichtsbezirk Kallath. Karlsruhe, den 22. Dezember 1919. O. B. 800. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfuchs betr. In den Gehöften des Landwirts Josef Abelhelm und des Wälfers Karl Weiler in Kallath-Abheim und in dem Gehöfte des Josef Kupperle in Hfegheim ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Sperrbezirk sind jeweils die betreffenden Gehöfte, Beobachtungsgebiet die Gemeinde. Karlsruhe, den 29. Dezember 1919. O. B. 804. Polizeidirektion - Bezirksamt.

Maul- und Klauenfuchs betr. In dem Stalle der Josef Weber Witwe in Oettingen ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Sämtliche in der Vergütung gelegenen Gehöfte einschließlich Harenkall, sowie von der Nachstraße die Gehöfte des Andreas Reich, August Benninger, Wih. Weiger, Wilhelm Koll, Friedrich Wittich, Karl Geiger, Andreas Vetter, Karl Halber, Wilhelm Schöpf bilden einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz. Der übrige Teil der Gemeinde Oettingen bildet ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz. Karlsruhe, den 29. Dezember 1919. O. B. 807. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfuchs betr. In dem Stalle der Wilhelm Lindemann Witwe in Kiefersheim ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Die sämtlichen in der Schulstraße in Kiefersheim gelegenen Gehöfte bilden einen Sperrbezirk. Der übrige Teil der Gemeinde Kiefersheim bildet ein Beobachtungsgebiet. Karlsruhe, den 29. Dezember 1919. O. B. 806. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfuchs betr. In den Viehständen des Franz Josef Geisler in Hohenau und des Landwirts Emil Gleier in Oberhausen ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Sperrbezirk bezüglich des Seidenausbruchs in Hohenau ist die Gemeinde Hohenau. Das Beobachtungsgebiet besteht aus den Gemeinden Untergrombach und Neustadt. Karlsruhe, den 22. Dezember 1919. O. B. 858/59. Bezirksamt - Polizeidirektion.

DRUCKSACHEN ALLER ART für Behörden, Handel u. Gewerbe sowie privaten Bedarf liefert in geschmackvoller u. preiswerter Ausführung in: Schwarz- und Buntdruck: Buchdruckerei 'Volksfreund' Karlsruhe Geok & Cie. Luisenstr. 24

Schirme werden gut und billig repariert bei Friedr. Englerstr. 14. gegenüber der Hofkirche. Neue Schirme sind wieder eingetroffen. 'Nissin' gegen 700. Koppläuse Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

selbständiger Kourrierer sowie 8-6 tüchtige Schreiner welche auf eichenfournierte Möbel sticht und sauber arbeiten können, erhalten Lohn und dauernde Stellung. Wohnwagen, auch für Verheiratete, werden zugewiesen. 55/56 Möbelfabrik Schreinereien S. Schwab, Telefon 20.

Trauer-Hüte in jeder Preislage stets vorrätig S. Rosenbusch, Kallstr. 137.

Reisumverein für Bruchsal und Umgegend, e. G. m. b. H. Mit neuem Wille zu aufkommender Arbeit stehen wir an der Schwelle eines neuen Jahres. Wir wünschen einer neuen Zukunft stellen sich die Genossenschaftler in den Dienst des Volkes. Am 5. Januar erfolgt die Eröffnung unserer ersten Verkaufsstelle Kaiserstraße 42. Bei dieser Gelegenheit richten wir die bringende Mahnung an unsere Mitglieder sowie an alle die, welche als Annoncisten die Pflicht haben Mitglieder zu sein. Unterstützt unsere gerechte Sache! Nehmt genossenschaftliche Treue! Denn nur vereinte Kräfte führen zum Ziel. Die Gesamtvorstellung: Stalber, Feder, Habelböe, Dr. Gutmann, Probst, Richter, Gremmlspacher, Knobel, Frau, Seidel, Schäfer, Oehler. 1019

Einem guten Fang macht jedermann der seinen Bedarf in Waren jeder Art deckt, wo dieselben auch tauchmännlich geschliffen u. repariert werden können. Karl Hummel, Werdenerstr. 11, Tel. 1541. 1003

Mäuser mit und ohne Gefährte sowie Eigenschaften aller Art zu verkaufen durch das Liegenschaftsbüro M. Busam, Karlsruher, Gerrenstr. 98. Telefon 5594.

Mantelwurstelle laute jedes Quantum und jede von 2 bis 4 Angebots liefert unter Nr. 1037 das Volksfreundbüro

Selle auf zu höchsten Tagespreisen M. Kleinberger, Karlsruhe Schwabenstr. 11. Tel. 885. Händler erhalten Vorkaufspreise und erdichte Angebote. 1008

Vergleich § 1. Der Verantwortliche Da aner nimmt die gegen den Privatkläger in der Wirtschaft zur B als vier geordneten beledigenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Verdachens als unwarhaft zurück und zahlt die Kosten des Verfahrens. § 2. Dieser Vergleich ist in den beiden letzten Postungen und im 'Volksfreund' so einmal - zweifach - auf Kosten des Verantwortlichen zu veröffentlichen. § 3. Nach Zahlung der Kosten der Veröffentlichung durch den Verantwortlichen vertritt der Privatkläger auf Erhebung der Verbalfrage. Bruchsal, 1. Dezember 1919. geg. A. Döschner geg. Wih. Stalber

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betr. Gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 und Anlage B Abschn. II der Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1910 (R.G.B. I. S. 260) sowie § 1 Abs. 1 Buchstabe b der Verordnung vom 22. März 1910 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 147) wird als Sachverständiger für die Prüfung der Kraftfahrzeuge und ihrer Führer der Ingenieur der Badischen Gesellschaft zur Verbesserung des Dampfverkehrs in Mannheim Adolf Gerede in Mannheim ernannt. Dies wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 22. März 1910 (Staatsanzeiger Seite 60) zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Karlsruhe, den 24. Dezember 1919. O. B. 861. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Maul- und Klauenfuchs betr. Im hiesigen Viehstall in Karlsruhe ist die Maul- und Klauenfuchs ausgebrochen. Der Stadtrat außerhalb des Durlacher-Los mit Ausnahme des Vororts Miltheim bildet einen Sperrbezirk im Sinne der §§ 161 ff. der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz. Das gesamte übrige Stadtgebiet Karlsruhe bildet ein Beobachtungsgebiet im Sinne der §§ 165 ff. der Ausführungsverordnungen zum Viehschutzgesetz. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh ohne polizeiliche Genehmigung nicht entfernt werden. Auch ist das Durchfahren von Klauenvieh und das Durchfahren mit fremden Wiederkaugern durch das Beobachtungsgebiet verboten. Karlsruhe, den 29. Dezember 1919. O. B. 868. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Karlsruher Fußball-Verein
e. V. 10117
Schirmherr:
Prinz Max von Baden.
Geschäftsstelle:
Zirkel 29. Tel. 1193.
Allgem. Veranstaltungen
wie bekannt!
Sonntag, d. 4. Jan. 1920
auf unserem Sportplatz
F.-C. Pforzheim I.
im Ligaspiel
gegen
K. F.-V. I.
Beginn 4/8 Uhr.
Alles Nähere Plakate!
Voranzelgen!
Donnerstag, d. 8. Januar
8 Uhr
Junioren-Versammlung
auf dem Sportplatz.
Samstag, den 17. Januar
8 Uhr 1031
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
i. Moninger Gartensaal.

Tierdreh-Verein.
Die Ausgabe der Tier-
dreh-Kalender erfolgt
durch Nachschub verspätet,
ist Anfang Januar.
Beitragszahlung er-
halten durch das den Kalen-
dern beiliegenden Postcheck-
formular. 1045
Winterfutter f. Hase
wird bei andauerndem
froste an die Verleger der
leiderigen Futterblätter der
Stadt, im Geschäftszimmer,
Bartenstraße 23 111, täglich
von 12-1/2 Uhr abgegeben.

Kragen
-Wäscherei
Schorpp
liefert in 8 Tagen
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 243,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldstrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 13,
Kaiseralle 37,
Gabelsbergerstrasse 1.
Rheinstrasse 13.
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Zu kaufen gesucht:
Bett, Schrank, Sopha,
Bettsofa, Kleintisch, Tisch
und Stühle, G. Fröhlich,
Hilfsstraße 15, I.

Städt. Vierordtbad
Heißluft- u. Dampf-bäder
(Irische, römische u. russische Dampf-bäder)
Elektr. Lichtbäder
Damenbadezeit: Mon-
tags und Mittwochs
vorm. von 9-1 Uhr
und Freitag nachm.
2 1/2 - 7 1/2 Uhr. 50
Herrenbadezeit:
Alle übrige Zeit.
An Sonn- u. Feiertagen
geschlossen.

Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur.
Ortsgruppe Karlsruhe.
II. Morgenveranstaltung
am 4. Januar 1920 in der Wandelhalle
des Badischen Landestheaters.
**Einführung zu „Gawan“ Mysterium
von Eduard Stucken.**
**Vortrag von Prof. Dr. Arthur Drews:
Eduard Stucken und seine Dichtung.**
Rezitationen aus den Werken Stuckens:
Felix Baumbach, Bauer, Schönfeld, Gertrud
Falkner-Schäffner.
Anfang 11 Uhr.
Eintritt für Mitglieder des Theater-
kulturverbandes (bis zu 2 Karten) und für
Inhaber von Eintrittskarten für die Erstanf-
ührung von Gawan (3. Januar) 1.- Mk. für
die übrigen Besucher 2.- Mk. — Eintrits-
karten an der Theaterkasse. 1030

Bürgerhof, Bruchsal.
Dienstag, den 6. Januar 1920
pünktlich 8 Uhr
Erstes Volks-Konzert
Mitwirkende:
Helmuth Neugebauer, Opernsänger am
Landestheater Karlsruhe (Tenor)
Kathinka Neugebauer-Pecz, Konzert-
sängerin, Karlsruhe (Alt)
Emil Seldt, Bruchsal (Violine)
Friedrich Hunkler, Musikdirektor, Bruchsal
(Begleitung).
Lieder von Schubert, Schumann, Brahms.
Duette von Cornelius.
Violinstücke von Schubert, Schumann und Raff.
Eintrittskarten, nummeriert (in beschränkter
Zahl). Mk. 4.50, unnummeriert Mk. 1.— im Vor-
verkauf vom 2. Januar mittags ab bei **Heinr.
Katz**, Ecke Kaiser- und Friedrichstrasse und
an der Abendkasse. 10032

**Ich habe mich in Karlsruhe als
Rechtsanwalt**
niedergelassen und übe die Praxis gemein-
schaftlich mit den Rechtsanwälten **Dr. Dietz
und Dr. Kirchenbauer** aus.
Büro: Kaiserstr. 199, Fernsprecher 290.
Dr. Walther Weill, Rechtsanwalt.

Zum stattgehabten
**Jahreswechsel
die besten Wünsche!**
Julius Grimmer u. Frau
in Firma Joh. Kolb, 1035
Kohlenhandlung. Kohlenhandlung.

Badisches Landestheater.
Freitag, den 2. Januar 1920
Volks-Vorstellung:
Die Rabensteinerin
Schauspiel in vier Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Abend 7 Uhr. (M. Pr.) Ende 10 Uhr.

Herrn-Hüte
werden
gewaschen
gefärbt und modernisiert
bei der
Mittelbadischen Hut-Fabrik
Schneider & Hanselmann
Karlsruhe **Kriegstr. 70** Telef. 1031

Badische Kleider-Klinik
Zirkel 30. — Telefon 4120.
Reparatur, Bügel- und Reinigungs-
Anstalt
Händlern sowie Kaufleuten von
Herren- und Damen-Garderoben.
Prompt — gut und billig.
1033 **Wolff & Wiedemann**

Verordnung
über die Gewährung von Zulagen zu Verlehtrenten
aus der Unfallversicherung.
(Vom 27. November 1919.)
Auf Grund des § 1 des Gesetzes über eine ver-
einfachte Form der Gesetzgebung für die Amede der
Ubergangswirtschaft vom 17. April 1919 (Reichs-Ge-
setzbl. S. 394) wird von der Reichsregierung mit Zu-
stimmung des Reichstags und des von der versamm-
lung des Deutschen Nationalparlamentes gewählten
Auschusses folgendes verordnet:
§ 1.
Verlehte, die auf Grund der reichsgefehligen Un-
fallversicherung eine Rente von zwei Dritteln oder
mehr der Vollrente beziehen, wird für die Zeit vom 1.
Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920 auf Antrag
eine monatliche, im voraus zahlbare Zulage zu ihrer
Rente gewährt, wenn sie nicht Ausländer sind, die sich
im Ausland aufhalten, und wenn nicht Tatsachen die
Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt
wird. Das gleiche gilt für Verlehte, die auf Grund
der reichsgefehligen Unfallversicherung mehrere Ren-
ten von je weniger als zwei Dritteln der Vollrente be-
ziehen, wenn die Summe ihrer Renten zusammen
mindestens die Zahl 80% ergeben.
§ 2.
Die Bestimmungen in den Abschnitten II, III, 2,
III und IV, 1, 2 der Verordnung über die Wei-
tergewährung von Zulagen zu Verlehtrenten aus
der Unfallversicherung vom 2. Dezember 1918 (Reichs-
Gesetzbl. S. 1388) gelten entsprechend.
Die Zulage beträgt monatlich zwanzig Mark.
§ 3.
Bei Erstattung der von den obersten Postbehörden
nachgewiesenen Zahlungen an Zulagen werden die
fünfprozentigen Schuldschreibungen, Schuldbuchfor-
derungen und Scheckanweisungen der Kriegsanleihe
des Deutschen Reiches zum Anschaffungspreis, oder,
wenn dieser nicht feststellbar ist, zum Kurse von sieben-
zshunndert und zwanzig Prozent abgekauft.
Berlin, den 27. November 1919. 67
Die Reichsregierung.
Bauer.
Der Reichsarbeitsminister.
Schlitz. D.3. 367.

**Kleingärten- und Kleinpachtanordnung
vom 31. Juli 1919 betr.**
Wir machen auf die Kleingärten- und Kleinpach-
tanordnung vom 31. Juli 1919 (R.G.B. S. 1371) auf-
merksam und verweisen auf die nachstehenden Bestim-
mungen:
§ 1. Zum Zwecke nichtgewerbemäßiger gärtnerischer
Nutzung dürfen Grundstücke nicht zu höheren als den
von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzten Prei-
sen verpachtet werden.
Die Festsetzung der Preise erfolgt unter Berücksich-
tigung der örtlichen Verhältnisse und des Ertrags-
wertes der Grundstücke nach Anhörung von landwirt-
schaftlichen, gärtnerischen oder kleingärtnerischen Sach-
verständigen.
§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden auf die künftig
zu zahlenden Preise bei Verträgen, die vor Inkraft-
treten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, derart Anwen-
dung, daß der Pachtpreis sich für die Zeit nach dem
Inkrafttreten dieses Gesetzes nach Maßgabe des § 1
ermäßigt.
§ 3. Pachtpächter der im § 1 bezeichneten Art dür-
fen von Verpächter nicht gekündigt werden. Das glei-
che gilt für Leihverträge mit der Maßgabe, daß die
Verträge umzuwandeln sind. Sind die Pacht- oder Lei-
hverträge auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so ist
nach Ablauf dieser Zeit auf Verlangen des Pächters
oder Entleiher das Pacht- oder Leihverhältnis zu er-
neuern. Das Leihverhältnis ist im Falle der Erneue-
rung auf Verlangen des Verleiher in ein Pachter-
hältnis umzuwandeln.
Die Vorschriften im Absatz 1 finden keine Anwen-
dung, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung
oder die Nichterneuerung des Pacht- oder Leihverhält-
nisses vorliegt.
§ 4. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der
Vorschriften der §§ 1 bis 3 ergeben, werden unter Aus-
schluß des Rechtswegs durch die untere Verwaltungs-
behörde entschieden.
Sie kann bestimmen, daß, wer entgegen den Vor-
schriften der §§ 1 u. 2 zu hohe Pachtpreise erhebt, den
zweifel erhobenen Betrag bis zur zehnfachen Höhe an
die Kasse des Ortsamtenverbandes des belegenden
Grundstücks zu entrichten hat. Den zu entrichtenden
Betrag zahlt die untere Verwaltungsbehörde fest. Die
Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über die Bei-
treibung öffentlicher Abgaben.
Gegen die Entscheidung der unteren Verwaltungs-
behörde ist binnen zwei Wochen Beschwerde an die
höhere Verwaltungsbehörde zulässig. Diese entscheidet
endgültig.
§ 5. Grundstücke dürfen zum Zwecke der Weiterver-
pachtung als Kleingärten (§ 1 Abs. 1) nur durch Hö-
heren oder Anstalten des öffentlichen Rechtes oder
ein als gemeinnützig anerkanntes Unternehmen zur
Förderung des Kleingartenwesens gepachtet und nur
an solche verpachtet werden. Gegenteigebende Ver-
einbarungen sind nichtig.
Zu obigen Vorschriften sind die Ausführungsbe-
stimmungen vom 8. Dezember 1919 (Gef. u. B.O.V.
S. 554) ergangen.
Die einschlägigen weiteren Vorschriften können auf
den Rathhäusern eingesehen werden.
Karlsruhe, den 24. Dezember 1919.
D.3. 363. Bezirksamt II. 67

Grundstücks-Zwangversteigerung.
Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Tab. Nr. 1670:
4 a 80 am mit Gebäuden, Gasanstalt G, Gas-
haus u. „Wiener Hof“.
Schätzung: 80000 Mark. Wert der Wirtschaft-
einrichtung 7425 Mark.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 24. Feb-
ruar 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatgebäude
Mademiestraße 8.
Mündliche Auskunft gefälligst beim Notariat.
Karlsruhe, den 24. November 1919. 8207
Notar Dr. G. als Vollstreckungsgericht.

Alle Obstbäume, Bierbäume und Gartenfrüchler
in Gärten und Gassen, auf Feldern und Wiesen, an
Straßen, Wegen und Eisenbahndämmen sind spätes-
tens Mitte Februar 1920 von Raupenwebern zu rei-
nigen und die vorgefundenen Raupenweber zu be-
seitigen. 7988
Nach dem 15. Februar 1920 werden wir Nachschau
halten lassen, ob die Reinigungsarbeiten vorgenom-
men wurden. Säumige haben Vorforderung an Geld
bis zu 60 Mark oder Haftstrafe bis zu 14 Tagen
(§ 388 Abs. 2 R.St.G. und § 37 R.F.O.) zu gemä-
ßen. Auch würde die Verfolgung in unserem Auftrag
auf Kosten der Säumigen ohne weitere Aufforderung
erfolgen.
Karlsruhe, den 8. November 1919.
Das Bürgermeisteramt.

Den Fortbildungsunterricht betr.
Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits-
geber und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19.
Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in
ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungsschul-
pflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schrift-
lich beim Volkshochschulrektor zur Teilnahme an dem
fortbildungsunterricht anzumelden, ihnen die zum
Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum ge-
meinschaftlichen und regelmäßigen Besuch anzuhalten und
sie beim Verlassen des Anstaltsorts unter Angabe
des neuen Aufenthaltsorts sofort abzumelden. Neu
zugehende fortbildungsschulpflichtige sind alsbald an-
zumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens
am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder
Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus
demselben zu geschehen.
Zwischenhandlungen von Eltern oder deren Stell-
vertretern, sowie von Dienst- und Arbeitgebern gegen
die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 2
Mark und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei
Tagen bestraft.
Karlsruhe, den 1. Januar 1920.
Das Volkshochschulrektorat.

Offenburger Anzeigen.
Die etatsmäßige Stelle eines Ratsherrn bei der
Stadt Offenburg, der insbesondere alle auf die Regi-
stratur bezüglichen Geschäfte zu besorgen hat, soll
alsbald besetzt werden.
Bewerberungen wollen bei uns bis längstens 1. Fe-
bruar 1920 unter Angabe der persönlichen Verhält-
nisse, des Bildungsganges, der bisherigen Tätigkeit
und der Gehaltsansprüche, eingereicht werden.
Offenburg, den 30. Dezember 1919. 64
Der Stadtrat.

Höchstpreise für Milch betr.
Wegen der vom Ministerium ausgesprochenen
Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch sind mit
genügend, die Höchstpreise für Milch mit Wirkung vom
1. Januar 1920 ab folgendermaßen festzusetzen:
Vollmilch: frei Wohnung des Verbrauchers 110 J
das Liter.
Vollmilch: ab Verkaufsstelle des Händlers 109 J
das Liter.
Magermilch: ab Verkaufsstelle des Händlers 52 J
das Liter.
Offenburg, den 30. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Brot- und Mehlpreise.
Infolge Erhöhung des Viehverpreises für Meh-
l seitens der Reichsgetreidestelle müssen die Verkaufs-
preise für Brot und Mehl entsprechend erhöht werden.
Auf Grund des § 69 der Reichsgetreideordnung für
die Erste 1919 vom 18. Juni d. J. wird mit Wirkung
vom 1. Januar 1920 ab festgesetzt:
1. Der Preis des Schwarzbrottes (Koggenbrottes):
a. für den großen Laib oder Stollen (3 Pfd.)
auf 174 J,
b. für den kleinen Laib oder Stollen (1 1/2 Pfd.)
auf 87 J,
c. für 100 Gramm Brötchen auf 18 J;
2. Der Preis für den 400 Gramm-Stollen Kran-
tenbrot 50 J;
3. Der Preis für Zwieback 1 Pfd. 125 J.
4. Der Preis des Mehles bei Abgabe durch die Ver-
kaufsstelle an den Verbraucher:
a. für gemitteltes Brotmehl (derzeitiges Haus-
haltungsmehl) 1 Pfd. auf 62 J,
b. für Weizenauszugsmehl (für Kranke) 1 Pfd
auf 65 J.
Brot und Mehl ist bei der Abgabe voranzuwiegen.
Offenburg, den 30. Dezember 1919. 61
Komunalverband Offenburg-Stadt.
Der Stadtrat.

Holz-Versorgung.
Die Holzhöfzerteilung muß bis auf Weiteres
verhoben werden. Infolge Hochwassers ist die Zu-
fuhr unmöglich.
Offenburg, den 29. Dezember 1919.
Der Stadtrat.

Fleisch-Versorgung.
Fleischausgabe Samstag, den 3. Januar auf
den Wochenabschnitt 12 bis 18. Januar 1920
125 Gramm Fleisch mit Knochen
auf eine halbe Karte die Hälfte dieser Menge. 74
Komunalverband Offenburg-Stadt.